

1. **Eine Agenda der Zuversicht.** Die Menschen in Deutschland und Baden-Württemberg blicken vor allem mit Sorge in die Zukunft. Die zahllosen Krisen haben den Alltag erreicht. Die Unzufriedenheit mit der Politik der Bundesregierung hat sich zu einer allgemeinen Unzufriedenheit ausgewachsen. Was wir dringender denn je brauchen, ist eine Agenda mit Ideen, die unser Land voranbringen. Baden-Württemberg ist das Land der Macher, ein Land, das die Ärmel hochkrempelt und anpackt. Wir haben die besten Tage nicht hinter uns, sondern sie liegen noch vor uns.
2. **Damit unser Wohlstand erhalten bleibt.** Mit welchem wirtschaftspolitischen Geschäftsmodell bleibt unser Land auch morgen stark? Für uns ist klar: Baden-Württemberg lebt vom Export. Wir müssen Handelsbarrieren abbauen und auf Freihandelsverträge drängen. Zuversicht für ein Hochtechnologieland wie Baden-Württemberg bedeutet zudem Technologieoffenheit. Wir können es uns nicht leisten, die Bio- und Gentechnologie, die Wasserstoffwirtschaft, die chemische Industrie, das Zukunftsfeld der Künstlichen Intelligenz oder die Automobilwirtschaft mit ideologisch geprägter Skepsis auszubremsen. Das gilt auch für unsere Energieversorgung. Anstatt mit Regulierung und Verboten die Wirtschaft zu lenken, wollen wir den Standort Baden-Württemberg entfesseln. Weniger Bürokratie schafft Raum für neue Ideen und deren tatkräftige Umsetzung.
3. **Erde schützen, aber mit Köpfchen.** Der Schutz unserer Erde ist alternativlos. Zusammen haben wir schon viel geleistet und werden noch mehr tun. Klimaschutz funktioniert aber nicht um jeden Preis. Die Agenda der Zuversicht setzt auf Klimaschutz entlang der finanziellen Möglichkeiten der Bevölkerung. Wir wollen dort CO₂ sparen, wo es Sinn macht und etwas bewirkt. Emissionspreise lenken Klimaschutz-Investitionen dorthin, wo sich wirklich etwas bewirken lässt. Gleichzeitig schafft man damit Anreize für die Entwicklung neuer Technologien und macht die tatsächliche Minimierung von Treibhausgasen durch CCS- und CCU-Verfahren wirtschaftlicher.
4. **Heimat der Fleißigen.** Der wichtigste Rohstoff unseres Landes ist der Ideenreichtum und Fleiß seiner Menschen. Wer unseren Wohlstand erhalten will, muss dafür sorgen, dass sich Arbeit wieder lohnt. Überstunden und freiwillige Mehrarbeit im Alter müssen steuerlich entlastet werden. Arbeitszeitmodelle müssen flexibler, starre Tageshöchstarbeitszeiten durch flexible Wochenarbeitszeit ersetzt und damit auch Modelle wie die Viertagewoche zum Funktionieren gebracht werden. Gleichzeitig muss klar sein: der Standort Baden-Württemberg braucht Menschen die anpacken, von hier und aus aller Welt. Wir sind zuversichtlich, dass mehr Erwerbslose ihren Beitrag leisten, wenn nicht zu arbeiten nicht auch noch belohnt wird. Das Bürgergeld muss gesenkt und unbelehrbare Arbeitsverweigerer müssen mit einer Kürzung auf das absolute Minimum dauerhaft sanktioniert werden.
5. **Wohlstand braucht Anstrengung.** Das gilt besonders in Sachen Infrastruktur. Die Menschen und Unternehmen erwarten zurecht, dass die Verkehrswege im Land gut ausgebaut sind: egal ob Straße, Schiene, Fahrrad oder Fußweg. Wir müssen deswegen Planungen beschleunigen und Kosten senken. Endlose Rechtsstreitigkeiten aufgrund ausufernder Klagemöglichkeiten von Interessengruppen und zu hohe technische Standards bei der Realisierung bremsen uns aus. Damit sich in Sachen Infrastruktur wieder Zuversicht breitmacht, müssen wir vor allem eines: schneller werden! Das gilt für Verkehrswege genauso wie beim Schließen von Mobilfunklöchern und bei gigabitfähigen Breitbandnetzen.

6. **Raum zum Leben.** Der Wunsch nach den eigenen vier Wänden ist ungebrochen. Die Agenda der Zuversicht will den Baden-Württembergerinnen und Baden-Württembergern bei diesem Wunsch helfen und ihnen nicht erklären, wie sie zu leben und zu wohnen haben. Wir wollen die LBO entschlacken und weniger Standards zwingend vorschreiben. Um den Erwerb von Wohneigentum gerade auch der Mittelschicht und Menschen mit kleinem Einkommen wieder zu ermöglichen, braucht es niedrigere Kosten und spürbar mehr Förderung. Wir werden deswegen die Anpassung der Grunderwerbssteuer prüfen und beim Bund dafür kämpfen, dass die Wohnraumförderung der KfW auf realistische Bedingungen in Sachen Energiestandards ausgerichtet wird. Baden-Württemberg wird zudem auf die Wiedereinführung des Baukindergeldes drängen – da kann der Bund zeigen, dass er die Grundsicherung von Familien und Kindern ernst nimmt.
7. **Für ein Baden-Württemberg der Regionen.** Wir setzen voller Zuversicht auf den ländlichen Raum und eine starke Landwirtschaft. Die regionale Ausgewogenheit ist eine Stärke unserer Heimat. Mit uns gibt es keinen Rückzug aus der Fläche. Schulen und Hochschulen, Gesundheit und Pflege, Polizei und Verwaltung – das alles braucht es bürgernah vor Ort. Moderne Lösungen wie Telemedizin, Online-Bürgerservice und digitale Kleinstsupermärkte werden wir weiter fördern. Gesunde bäuerliche Familienbetriebe sind ein wichtiger Baustein unserer ländlichen Räume. Wir stehen an ihrer Seite und kämpfen gegen einseitige Belastungen wie die Kürzung der Agrardieselbeihilfe oder der GAK-Mittel. So sichern wir die regionale Lebensmittelversorgung und sorgen dafür, dass Essen und Trinken für Verbraucherinnen und Verbraucher nicht immer teurer wird.
8. **Starker Staat, der Sicherheit schafft.** Gerade in Zeiten der Veränderung ist Sicherheit die Grundlage jeder Zuversicht. Für uns ist Sicherheit mehr als nur innere und äußere Sicherheit. Sicherheit muss umfassender gedacht werden und auch Fragen der Versorgungs-, Energie- und sozialen sowie medizinischen Sicherheit umfassen. An diesen Fragen entscheidet sich für viele Menschen, ob sie ihrem Staat noch vertrauen. Polizei und Justiz werden wir deshalb weiter stärken: mit mehr Personal auf der Straße, modernen Ermittlungsinstrumenten und beschleunigten Verfahren. Deswegen wollen wir zum Beispiel im Kampf gegen das organisierte Verbrechen mehr Kompetenzen in der Telekommunikationsüberwachung, endlich eine funktionierende Vorratsdatenspeicherung, um wirksam gegen Kinderpornographie vorgehen zu können und den Ausbau der Videoüberwachung im öffentlichen Raum für mehr Sicherheit im Alltag.
9. **Update für gute Bildung.** Baden-Württemberg darf sich nicht mit einem Platz im Mittelfeld bildungspolitischer Rankings abfinden. Unser Anspruch muss sein, wieder an die Spitze zu kommen. Zu viele Themen – von der frühkindlichen Bildung über eine verbindlichere Grundschulempfehlung bis zum G9 – sind liegen geblieben. Die Agenda der Zuversicht will Irrwege, wie eine Schule, in der es nicht auf Leistung ankommt, beenden. Wir brauchen Motivation, Verbindlichkeit sowie Konsequenz beim Erlernen der deutschen Sprache. Das alles wird nur ein mehrgliedriges Schulsystem leisten können. Die Digitalisierung müssen wir dabei immer mitdenken, bei der Sach- und Personalausstattung ebenso wie beim Schulhausbau.

10. **Familie ist da, wo Verantwortung ist.** Baden-Württemberg bietet Platz und Zuversicht für viele Arten von Familie. Und auch das klassische Leitbild von Ehe und Familie ist eben kein Auslaufmodell! Wichtig ist: wer füreinander dauerhaft Verantwortung übernimmt, der kann sich auf unsere Unterstützung verlassen. Bei der Kinderbetreuung, bei der Pflege und auch wenn es mal kriselt.
11. **Wer schafft, ist bei uns richtig.** Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenhält und jedem eine Chance bietet, der unsere Werte und Leitkultur teilt. Das gilt natürlich auch für Menschen, die legal zu uns kommen, hier ihr Talent und ihren Fleiß einbringen und damit ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. Ebenso wollen wir, dass auch Flüchtlinge und Asylsuchende, die bereits hier sind, möglichst schnell arbeiten und keine staatlichen Leistungen mehr bekommen. Unabhängig davon bekennen wir uns zur humanitären Hilfe. Doch dabei müssen wir uns künftig auf die konzentrieren, die wirklich unsere Hilfe brauchen und unattraktiver für die werden, die sich vor allem für unsere hohen Sozialleistungen interessieren. Ein funktionierender Grenzschutz, Asylverfahren und Unterbringung in Drittstaaten sowie eine konsequente Rückführungspolitik sind der richtige Weg und zeigen zugleich, dass unser Staat handlungsfähig ist.
12. **Gelassenheit, Geschlossenheit und gutes Regieren.** Der verständliche Frust und Ärger über die Politik der Bundesregierung droht sich zu einer allgemeinen Unzufriedenheit mit unserem politischen System auszuwachsen. Die Ampel verspielt mit jeder neuen Zumutung, jeder neuen Regulierung und jeder neuen bösen Überraschung weiter das Vertrauen der Menschen. In Baden-Württemberg wollen wir diesem Politikversagen eine Agenda der Zuversicht entgegensetzen. Wir wollen zeigen, dass Politik funktioniert und Probleme löst: ganz ohne Populismus, aber dafür mit klarem Kurs. Wir laden alle demokratischen Kräfte im Land ein, an dieser Agenda mitzuwirken. Politik nicht den Rändern zu überlassen, sondern gemeinsam aus der Mitte zu führen. Mit Mut, Tempo und Taten!

Leistung, Wachstum, Soziale Sicherheit

Die deutsche und baden-württembergische Wirtschaft wollen wir wieder **zurück auf den Wachstumspfad** führen.

Alle großen Volkswirtschaften wachsen; nur die deutsche Wirtschaft schrumpft. Die Ampel-Bundesregierung steckt in der Sackgasse. Die **Angebotskrise** auf dem Arbeits- und Energiemarkt **hat die Ampel massiv verschärft** statt gelöst. Ideologische Projekte wie das Verbrennerverbot haben die Wettbewerbsfähigkeit und Leistungskraft unseres Landes massiv geschwächt.

Es wird Zeit für eine mutige Wirtschaftspolitik, die wieder **Zuversicht vermittelt und verlässliche Rahmenbedingungen schafft**, die die deutsche Exportschwäche überwindet und die Krise der Bauwirtschaft beendet.

Wir setzen auf ein starkes und **wettbewerbsfähiges Europa**. Als Land im Herzen Europas stärken wir den Europäischen Binnenmarkt, setzen uns für Freihandel ein, genauso für eine sichere und bezahlbare Energie- und Rohstoffversorgung und wir wollen eine klimaneutrale Produktionsweise ermöglichen.

Wir setzen auf Menschen, die sich in **Freiheit und sozialer Verantwortung** und mit ganzer Kraft und ganzem Herzen für ihr Unternehmen und unser Land einbringen. Wir sind die Heimat der Fleißigen. Unsere Facharbeiter, unseren Mittelstand, die Selbstständigen und Kreativen wollen wir entlasten, motivieren und mobilisieren.

Eine **flourierende Wirtschaft** und ein **nachhaltiges Wirtschaftswachstum** sind Kernvoraussetzungen dafür, dass unsere **Sozialen Sicherungssysteme funktionieren** und wir teilhaben können am medizinischen Fortschritt und dass die Rente gesichert ist.

Unsere Agenda

- **Leistung muss sich lohnen.** Wer Leistung bringt, soll von dieser profitieren. Genau deshalb wollen wir Fehlentwicklungen im Bereich des **Bürgergelds zurückdrehen und zu einem System des Forderns und Förderns zurückkehren.**
- Wir müssen **klimaneutral werden, aber Industrieland bleiben.** Die schleichende Deindustrialisierung – die das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft bedroht – müssen wir stoppen. Deshalb müssen wir endlich einsteigen in klimaneutrale Technologien und Energieträger.
- **Energie muss sicher, sauber und bezahlbar sein.** Eine **bezahlbare Energieversorgung** für unser Land ist zentral, das Energieangebot muss massiv ausgeweitet werden. Kohlekraftwerke können wir erst vom Netz nehmen, wenn wir ausreichende und bezahlbare Alternativen haben. Kohlekraftwerke können mit CCS-Technologie klimaneutral werden.
- **Technologie muss eine zentrale Rolle zur Erreichung der Klimaneutralität spielen.** Wir wollen CCS/CCU als wichtigen Baustein zur Vermeidung von CO₂-Emissionen erlauben und ein CO₂-Abfuhr-Pipelinennetz schaffen.

- **Technologieoffenheit muss Richtschnur für die Zukunft der Mobilität sein.** Deshalb müssen wir den Hochlauf der Synthetischen Kraftstoffe, der Brennstoffzellen und Wasserstofftechnologien endlich voranbringen. Das politisch verordnete Verbrennerverbot halten wir für einen Fehler. Welche Technologie sich durchsetzt, entscheidet letztendlich unser marktwirtschaftliches System von Angebot und Nachfrage. Technologischer Fortschritt ist nicht Sache von Ideologen, sondern von Ingenieuren.
- Die **Wasserstoffwirtschaft** müssen wir hochfahren. Hierzu müssen wir unsere starken technologischen Ansätze fördern und ein Wasserstoff-Pipelinennetz bauen. Aber Baden-Württemberg darf dabei nicht vom Bund benachteiligt werden. Insbesondere Südbaden muss ans Wasserstoffkernnetz des Bundes angeschlossen werden.
- **Diversität** müssen wir **bei allen Technologien zulassen**. Technikfolgenabschätzung ist notwendig. Aber wir dürfen nicht zulassen, dass diffuse Ängste geschürt werden, um zukunftsweisende Ansätze in der **Bio-Technologie und den Lebenswissenschaften sowie bei KI oder der Chemie erstickt werden**.
- **KI und die Quantentechnologie bzw. Photonic** sind der Schlüssel für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb fördern wir diese Technologien besonders, denn wir sind das Land des Maschinenbaus und des Werkzeugbaus und damit besonders in der Lage, Hergebrachtes mit Neuem zu verbinden.

Digitalisierung und künstliche Intelligenz müssen als Chance begriffen werden. Daher wollen wir in der Europäischen Union den **Binnenmarkt für Daten** stärken und Forschung und Entwicklung im Bereich der KI weiter voranbringen.

Mittelstand und Handwerk müssen als Erfolgsgarant der baden-württembergischen Wirtschaft weiter gestärkt werden. Entlastung und Entbürokratisierung sind dabei zentrale Hebel ebenso wie der Verzicht auf Steuererhöhungen.

Zu allem brauchen wir **Meister und Master, Techniker und Technologen, Tüftler und Visionäre**. Deshalb liegt uns eine gute Berufsausbildung besonders am Herzen. Wir sind mit der Dualen Ausbildung als Land stark geworden. Deshalb wollen wir unsere beruflichen Ausbildungsstätten zu einem **Azubi-Campus** ausbauen, auch um Arbeitskräfte aus dem Ausland schnell integrieren zu können.

Unsere **Agenda der Zuversicht** bringt Baden-Württemberg wieder **zurück auf Platz 1 unter den deutschen Ländern und sichert unseren Wohlstand. Mit Mut, Innovationskraft, Neugierde und Weltoffenheit** gestalten wir gemeinsam unser Land.

Einleitung

Der Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Für uns als CDU Baden-Württemberg hat diese Sicherheit oberste Priorität. Sie ist die absolute Voraussetzung für das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und ist somit auch Garant für Wohlstand und Freiheit.

Die Innenpolitik sowie die äußere und innere Sicherheit stehen derzeit vor großen Herausforderungen. Die weltweite Zunahme von Krisen und Terror, aber auch klimatische Veränderungen und Migration haben längst große unmittelbare Auswirkungen auf Deutschland und Baden-Württemberg. Wir sind trotz dieser Herausforderungen eines der sichersten Bundesländer und dies soll auch so bleiben. Wir sehen die Sicherheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und setzen uns daher für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht ein.

Herausforderungen der Inneren Sicherheit

Die Terrorgefahr durch den islamistischen Terrorismus ist nach dem Überfall der Hamas auf Israel nochmals deutlich geworden. Aber auch Reichsbürger, Rechts- und Linksextremisten sind weiterhin Bedrohungen unseres Staates.

Die Fälle von **Kinderpornografie** sind seit Jahren auf einem erschreckend hohen Niveau. Hinter jedem Bild oder Video steht ein Kind als Opfer. Die anfallenden Datenmengen sind ohne Unterstützung von KI und einem Personalzuwachs kaum noch zu bewältigen.

Cyberspionage, Cybersabotage und Cyberangriffe auf staatliche Organisationen, die Wirtschaft und Einzelpersonen stellen eine anhaltend hohe Bedrohung dar, der wir uns entgegenstellen müssen.

Gerade durch die schlimmen Unwetterereignisse und den Angriffskrieg auf die Ukraine haben wir gesehen, wie wichtig der **Katastrophenschutz**, der **Bevölkerungsschutz** und der **Zivilschutz** sind.

Kriminalitätsbekämpfung allgemein

- Einführung einer Speicherpflicht für IP-Adressen für einen auf das absolut Notwendige begrenzten Zeitraum zur Terrorabwehr und Bekämpfung von Kindesmissbrauch
- Einführung der verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform (VeRA) in Bund und Land
- Ausbau der Videoüberwachung an Gefahrenorten, auch durch Einsatz von KI (z.B. intelligente Videoüberwachung wie in Mannheim)
- Beschleunigte Strafverfahren wo möglich, mehr Digitalisierung, weniger Bürokratie, weniger Instanzen sowie eine engere Zusammenarbeit aller Beteiligten im Bereich Sicherheit

Kinderpornografie

- Bereitstellung von Finanzmitteln für den Einsatz von KI-basierter Auswertungssoftware als gemeinsames Vorgehen auf EU-Ebene
- besserer Schutz von Ermittlungspersonen

Cyberspionage, Cybersabotage und Cyberangriffe

- Beratungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen ausbauen

- Bevölkerung für Gefahren im Cyber-Raum sensibilisieren als integraler Bestandteil aller Lehr- und Ausbildungskonzepte

Migration/Grenzschutz

- Steuerung und Begrenzung der Migration und keine Erleichterung bei der Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft
- Schutz der Grenzen (Identitätsfeststellung an den Schengen-Außengrenzen, Kontrollen an den EU-Binnengrenzen, v.a. zu Polen, Tschechien, Österreich und Schweiz) durch Bundespolizei und stärkere Einbeziehung des Zolls mit Zurückweisungsmöglichkeiten an den EU-Binnengrenzen
- Verlängerung der Grenzkontrollen auf unbestimmte Zeit, bis der Außengrenzschutz der EU funktioniert
- Forcierte Abschiebungen, insbesondere von straffälligen Ausländern, und eine Ausweitung der sicheren Herkunfts- und Drittländer
- personelle Stärkung und organisatorische Anpassung des Sonderstabs gefährliche Ausländer im Innenministerium (engere Verzahnung mit dem Justizministerium)

Polizei

- Eigene Ausbildung von IT-Fachkräften durch die Polizei in Kooperation mit anderen Hochschulen
- Einstellung von Fachpersonal zur Unterstützung des Polizeivollzugsdienstes im Bereich der IT und von vollzugsfremden Tätigkeiten
- Offensive bei der Beschaffung von (KI-gestützter) Soft- und Hardware
- Frühzeitige und umfassende Qualifizierung von Polizeibeamten im Bereich der IT, u.a. durch zur Verfügungstellung und persönlich zugeteilten Smartphones und Laptops
- Fortführung der Einstellungsoffensive bei der Polizei

Terrorabwehr und -bekämpfung

- Einrichtung eines europäischen Sicherheitszentrums nach Vorbild des deutschen Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ) unter Beteiligung der Bundesländer zur Verbesserung des Info-Managements zwischen den EU-Staaten sowie zur Entwicklung gemeinsamer Maßnahmen
- Schaffung eines Antiterrorismus- und Extremismuszentrums mit Lagezentrum, Ermittlungs-, Observations- und Analyseeinheiten als eigener Dienstzweig innerhalb des Landeskriminalamts
- Kompetenzen, Kapazitäten und Fähigkeiten der Bundeswehr in besonderen Lagen nutzen, z.B. bei Cyberangriffen

Katastrophenschutz/Bevölkerungsschutz

- Verstetigung der Mittelerhöhung im Landeshaushalt für den Katastrophen-/Bevölkerungsschutz
- Keine Mittelkürzungen durch den Bund in diesem Bereich; mehr Mittel für das THW sowie eine angemessene Ausstattung für den Zivilschutz und für die Kommunen im Bevölkerungsschutz
- Vernetzung der Blaulichtfamilie sowie Schaffung von klaren Strukturen, Abläufen und Hierarchien für den Katastrophenfall
- Bereitstellung von Übungsszenarien für Kommunen zur Übungserleichterung von Stabsrahmenübungen und Vollübungen

Bildung

Die Ergebnisse Deutschlands im internationalen Vergleich jüngster Bildungsstudien sind alarmierend und verdeutlichen die großen Herausforderungen an unserem Bildungssystem. Wir nehmen uns diesen entschieden an – mit dem Anspruch Baden-Württemberg im Bereich Bildung wieder zurück an die Spitze zu führen. Dazu bedarf es eines »Updates« der Bildungspolitik mit Vorfahrt für Qualität und Leistungsfähigkeit. Sowohl die Stärkung der Qualität frühkindlicher Bildung als auch die datengestützte Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht sind von hoher Priorität. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen von Beginn an beste Bildungschancen eröffnen. Mit Chancengerechtigkeit verbinden wir ein konsequentes, einrichtungsübergreifendes Fördern und Fordern: sowohl für lernschwache als auch für lernstarke Schülerinnen und Schüler.

Das schließt die Entkopplung des Bildungserfolgs von sozialer Herkunft ein, um Bildungspotentiale auszuschöpfen. Gute Bildungsleistungen – in der Breite sowie an der Spitze – sind in vielfältiger Hinsicht unverzichtbar. Wir möchten Kinder und Jugendliche auf die Herausforderungen des späteren Berufslebens vorbereiten, wobei gilt: Kein Erfolg ohne Leistung. Freude am Lernen und das Leistungsprinzip sehen wir nicht als Widerspruch. Um etwas zu lernen, bedarf es Motivation, Zielstrebigkeit, Übung und Ausdauer – und ein passgenaues Fördern und Fordern. Im Bereich Bildung bedarf es mehr Evidenz und weniger Ideologie. Unserer Ansicht nach war es richtig, Irrwege wie »Schreiben nach Gehör« zu beenden. Ebenso halten wir nichts von Überlegungen wie »Schule ohne Noten« oder »Bildung ohne Mathe«. Schule braucht gute und verlässliche Rahmenbedingungen, um sich auf das Kerngeschäft konzentrieren zu können: lernwirksamer Unterricht im 21. Jahrhundert. Für uns sind folgende Elemente für die Agenda der Zuversicht wesentlich:

Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung

Voraussetzung für einen erfolgreichen Schulstart und gelingende Bildungsbiographien ist die verlässliche Förderung der sogenannten Vorläuferfähigkeiten in der frühkindlichen Bildung. Chancengerechtigkeit kann nur erfüllt werden, wenn alle Kinder zu Beginn ihrer Schullaufbahn über entsprechende Kompetenzen, insbesondere altersgemäße Kenntnisse der deutschen Sprache, verfügen. Damit alle Kinder am ersten Schultag auf einem sprachlich vergleichbaren Niveau sind, soll bei Feststellung eines ausgeprägten Förderbedarfs in Sprachentwicklungstests für Vierjährige eine verbindliche Sprachfördermaßnahme folgen. Nach Abschluss dieser Förderung ist ein erneuter Sprachentwicklungstest durchzuführen. Besteht weiterhin ein Förderbedarf, müssen weitere Sprachfördermaßnahmen – ggf. auch statt der Regelein-schulung – folgen. In diesem Zusammenhang ist eine Diskussion über ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr notwendig.

Begabungsgerechtes Schulsystem: Mehrgliedrigkeit als individuelle Förderung

Die Mehrgliedrigkeit unseres Schulsystems mit profilierten Schularten ist ein Schlüssel für eine passgenaue Förderung entlang der individuellen Begabungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten. Unsere Zielsetzung ist, dass alle Schülerinnen und Schüler die KMK-Mindeststandards erreichen. Wir wollen, dass jeder Jugendliche einen Schulabschluss macht. Ferner wollen wir die Leistungsspitze verbreitern. Wir bekennen uns zur Förderung begabter und hochbegabter Schülerinnen und Schüler. Aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre steht besonders die Realschule unter starkem Druck, weshalb wir ein umfassendes Realschulkonzept befürworten. Wir fordern eine sinnvolle regionale Schulplanung, um Doppelstrukturen zu vermeiden.

Eine verbindlichere Grundschulempfehlung

Das differenzierte Schulsystem lebt von der begabungsgerechten Schülerlenkung. Wir plädieren für mehr Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung. Dafür wollen wir sie stärken und landeseinheitliche Lernstandserhebungen in den Kernfächern einbeziehen. Wir setzen auf eine kontinuierliche, digitalgestützte Lernstandsdiagnose mit Feedback an Schülerinnen und Schüler und Eltern.

Ein modernes G9 mit G8-Zügen

Das landesweite Angebot eines acht- und neunjährigen Gymnasiums soll einen qualitativen Mehrwert bieten und eine Chance für die Schülerinnen und Schüler sein. Das achtjährige Gymnasium soll ein attraktives Angebot für lernstarke und leistungsaffine Schülerinnen und Schüler sein. Das neue G9 sollte mehr Zeit für Bildung bieten. Studierfähigkeit und Persönlichkeitsbildung sollen im Besonderen fokussiert werden.

Stundentafel und Bildungsplan sind entsprechend zu gestalten. Wir befürworten eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9, weshalb flächendeckend G8-Züge angeboten werden sollen. Jedes Gymnasium soll wählen können, ob es G8, G9 oder beide Züge anbietet.

Mit MINT fit für Zukunft

Baden-Württemberg ist seit jeher ein Land der Tüftler und Denker. Die Vermittlung von MINT- und Medienkompetenzen sowie digitaler Schlüsselkompetenzen ist daher eine Pflichtaufgabe der Bildungspolitik. Es geht um die Teilhabe an technischen Entwicklungen und gesellschaftlichem Fortschritt in Beruf und Alltag. Wir setzen auf Neugierde von Mädchen und Jungen gegenüber neuen Technologien statt Technikfeindlichkeit. Mit Blick auf die fortschreitende Digitalisierung müssen wir das Fach Informatik an den Schulen stärken, z.B. als durchgängiges Pflichtfach an weiterführenden Schulen.

Im Rahmen des Ausbaus der Ganztagesbetreuung setzen wir auf eine stärkere Kooperation mit außerschulischen MINT-Bildungsangeboten (z.B. Coding-Initiativen, Schülerforschungszentren, Amateurfunkvereine). Den Berufsschulen kommt durch ihren starken Praxisbezug und ihre Profilbildung eine zentrale Rolle zu.

Digitalisierung von Schule und Unterricht

Digitale Medien und digitale Endgeräte sollen ein selbstverständlicher Bestandteil der Lehr- und Lernprozesse sein und sowohl die Medienkompetenz und IT-Kenntnisse der Lernenden fördern als auch den Lernerfolg unterstützen. Die Schulträger sollen dabei unterstützt werden, eine zeitgemäße digitale Infrastruktur zu ermöglichen. Dies schließt eine professionelle IT-Administration ein, damit sich Lehrkräfte auf die methodisch-didaktische Verankerung im Unterricht konzentrieren können.

In der Unions-geführten Bundesregierung haben wir mit dem DigitalPakt Schule eine wichtige Anschubfinanzierung auf den Weg gebracht, mit der Zielsetzung, die digitale Infrastruktur an Schulen zügig auf- und auszubauen. Diese Investitionen dürfen nach Auslaufen des Digitalpakt I ab Mai 2024 nicht ins Leere laufen. Wir setzen uns für eine sinnvolle Weiterentwicklung des Programms ein. Beim Digitalpakt II wollen wir den Schwerpunkt noch stärker bei den Inhalten setzen und dabei digitale Lernmedien und innovative Unterrichtskonzepte fördern. Vor allem bei adaptiven Lernsystemen unter Einbeziehung von KI-Tools sehen wir ein großes Potenzial für die individuelle Lernförderung sowie bessere Integration und Inklusion. Auf Landesebene soll auch

der Dialogprozess Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert von Landesregierung und Kommunalen Landesverbänden fortgesetzt und erfolgreich umgesetzt werden.

Qualitätsentwicklung – Steuerung der Schulentwicklung

Wir setzen auf ein professionelles Bildungsmonitoring, um eine systematische und zielgerichtete Qualitätsentwicklung an den Schulen zu unterstützen. Wir wollen das Schulsystem konsequent an Qualität und Leistungsfähigkeit ausrichten und Best-Practice auf allen Ebenen fördern: im Unterricht, der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte und der Schule als Organisationseinheit. Dies ist Bestandteil zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs.

Ganztag und Betreuung

Schulgesetzliche Ganztagsschule und flexible kommunale Betreuungsangebote sollten sich zu einem attraktiven und hochwertigen Gesamtangebot ergänzen. Die Weiterentwicklung der Gesamtkulisse sollte evidenzbasiert erfolgen. Mit Blick auf die Organisation des Ganztags fordern wir die Einführung kommunaler Koordinationsstellen, um einerseits Schulleitungen zu entlasten und andererseits außerschulische Partner gelingend einzubeziehen. Unser Ziel ist ein qualitätsvolles, vielfältiges und von vielen Akteurinnen und Akteuren getragenes Angebot. Es ist zu beraten, wie der schulgesetzliche Ganztag flexibilisiert werden kann. Ganztägige Bildung ist mehr als ganztägig Schule. Gleichwohl sollte ganztägige Schule mehr als nur soziale Effekte haben.

Schulhausbau

Die Schulbauförderung des Landes für kommunale und freie Träger ist ein wichtiger Impuls für zeitgemäße und zukunftsorientierte Schulgebäude. Insbesondere mit Blick auf finanzschwache Träger sprechen wir uns dafür aus zu prüfen, ob die Regelförderung des Landes und das Fördervolumen angepasst werden können, damit Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler landesweit zeitgemäß lehren bzw. lernen können.

Ressourcensteuerung von nicht-pädagogischen Tätigkeiten

Neben dem Einsatz von Schulverwaltungsassistenten, der weiter ausgebaut werden muss, sollten wir überprüfen, wo Tätigkeiten wie Systemadministration, Schulbuchausgabe etc. von nicht-pädagogischem Personal übernommen werden kann.

Unsere Agenda der Zuversicht:

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich für eine begabungsgerechte Bildung ein, ohne ideologische Irrwege, mit Leistung und Verbindlichkeit, damit unsere Schülerinnen und Schüler bestmöglich für die Herausforderungen im 21. Jahrhundert vorbereitet werden.

Starke Familien – Starke Gesellschaft

Starke Familien sind die Grundlage einer zukunftsorientierten und resilienten Gesellschaft. Sie bieten Orientierung, Halt und Stabilität. Sie sind der Ort der gegenseitigen Unterstützung und Verbundenheit über Generationen hinweg. Hier stehen Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft füreinander ein und übernehmen Verantwortung. Familien vermitteln Werte wie Solidarität, Mitgefühl, Zuneigung und gemeinsame Verantwortung. Daher gebührt den Familien unser größter Respekt und Anerkennung. Als CDU Baden-Württemberg stehen wir für eine Politik, die sich an den Bedürfnissen der Familien orientiert und die Familien stärkt, damit sie ihren Weg in Eigenverantwortung gehen können.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ein erfülltes Familien- und ein ambitioniertes Berufsleben beider Elternteile darf kein Widerspruch darstellen. Um die Vereinbarkeit zu stärken wollen wir unterstützende Kinderbetreuungs- und Pflegeangebote bedarfsgerecht anbieten. Auch das Ehrenamt und Vereine können hier eine Rolle spielen. Wir wollen finanzielle Spielräume für Familien sichern und gerade auch alleinerziehende Mütter und Väter und kinderreiche Familien stärker unterstützen. Kinder aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien brauchen besondere Aufmerksamkeit. Für uns ist ein leistungsfähiges und chancengerechtes Bildungssystem die wesentliche Grundlage, um Armutskarrieren zu vermeiden und sozialen Aufstieg zu ermöglichen.

Bildung unserer Kleinsten

Baden-Württemberg ist Kinderland. Für uns als CDU Baden-Württemberg ist das die politische Leitidee. Die kommunalen, kirchlichen und freien Träger gewährleisten beste Bildung. Dazu haben sie in den letzten Jahrzehnten das Personal stetig verdoppelt und die finanziellen Mittel verdreifacht. Der Förderung der frühkindlichen Bildung messen wir nun eine wesentliche Bedeutung bei. Deshalb wollen wir:

- **Verbindliche Sprachfördermaßnahmen:** Wird bei den Sprachtests für Vierjährige ein ausgeprägter Förderbedarf festgestellt, muss dieser Diagnose eine verbindliche Sprachfördermaßnahme folgen. In diesem Zusammenhang fordern wir die Ampel auf das Programm Sprach-Kitas „Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ fortzuführen.
- **Verpflichtendes letztes Kindergartenjahr:** Ein verbindliches letztes Kindergartenjahr sehen wir als eine Möglichkeit an, alle Kinder – unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund – auf einen erfolgreichen Übergang in die Grundschule vorzubereiten.
- **Fachkräftegewinnung forcieren:** Die bereits laufenden Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel in Kindertageseinrichtungen wollen wir beispielsweise durch eine Wiedereinstiegsprämie und die Erleichterung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen vorantreiben. Auch weitere flexiblere Möglichkeiten vor Ort unterstützen wir.
- **Ausreichende Betreuungsangebote für Grundschulkinder:** Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu stärken, setzen wir die schrittweise bedarfsgerechte Einführung des Anspruchs auf Ganztagesbetreuung für Grundschulkinder um. Hierbei soll den Kommunen flexible Lösungen ermöglicht werden.

Pflege

Die Stärkung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf bedarf eines weiteren Ausbaus von Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätzen sowie flexibler Arbeitszeitmodelle für pflegende Angehörige. Auch die bessere Anerkennung familiärer Pflegearbeit in der Gesellschaft ist wichtig. Neben einer finanziellen Lohnersatzleistung vergleichbar dem Elterngeld sind zum Beispiel auch steuerliche Vorteile, zusätzliche Rentenpunkte oder ein staatlich finanzierter Pflegelohn vorstellbar.

Für eine familienfreundliche Gesellschaft

Die Familie ist der wichtigste Erziehungs- und Bildungsort für Kinder. Hier werden die Voraussetzungen für ein erfülltes Leben gelegt. Wir als CDU Baden-Württemberg wollen deshalb Eltern in ihrer Selbstverantwortung und in ihrer Erziehungsfähigkeit stärken. Deshalb wollen wir:

- **Familienbildung stärken:** Wir wollen das Landesprogramm STÄRKE, mit dem Familienbildungsangebote, wie Familienbildungsfreizeiten oder offene Treffs gefördert werden, fortsetzen und bedarfsgerecht ausbauen.
- **Familienerholungsmaßnahmen stärken:** Wir wollen das speziell entwickelte Urlaubsangebot für Familien erhalten und stärken. Die Kürzungen der Ampel-Regierung der Bundeszuschüsse zum Bau, zur Modernisierung sowie für Sanierungsmaßnahmen und zur Einrichtung von Familienferienstätten ab dem Jahr 2024 lehnen wir entschieden ab.
- **Familienzentren etablieren:** Wir wollen Gemeinden dafür gewinnen, Familienzentren als Orte der Begegnung und Entwicklung für Kinder und Erwachsene zu etablieren.
- **Familien auf dem Weg zu Wohneigentum unterstützen:** Wir wenden uns gegen den beabsichtigten Gesetzentwurf der Ampel zur Einführung neuer „einkommensbasierter makroprudenzieller Instrumente“, die es jungen Familien erschwert Immobilienkredite zu bekommen.
- **Familiensplitting für Kinder und pflegebedürftige Angehörige:** Wir sprechen uns für die Erweiterung des bisherigen Ehegattensplittings auf ein Familiensplitting aus. Der Splittingvorteil soll demnach künftig auch für Kinder und pflegebedürftige Angehörige in Anspruch genommen werden können.
- **Volle Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten:** Wir wollen, dass künftig die Kinderbetreuungskosten steuerlich voll abzugsfähig sind
- **Elterngeld ausbauen:** Die von der Ampel geplante Absenkung der Einkommensgrenzen beim Elterngeldbezug lehnen wir ab. Das Elterngeld und die Elternzeit sind wichtige Eckpfeiler einer modernen Familienpolitik. Wir sprechen uns daher für eine weitere Flexibilisierung, beispielsweise bei der Aufteilung der Elternzeit auf die Elternteile aus.
- **Mutterschutz im Falle einer Fehlgeburt:** Wir machen uns für einen zeitlich gestaffelten Mutterschutz nach Fehlgeburten stark, um Raum für die Trauer in den Familien zu schaffen. Dabei soll sich die Staffelung am Fortschritt der Schwangerschaft orientieren.
- **Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut:** Wir wollen bis 2030 in allen Stadt- und Landkreisen Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut etablieren. Für Familien mit erhöhtem Unterstützungsbedarf sollen niederschwellige Anlaufstellen mit Lotsenfunktion etabliert werden.

Kinderärztliche Versorgung sicherstellen

Die Gesundheitsversorgung von Kindern sowie die Medikamentenversorgung ist vielerorts schwierig geworden. Hier gilt es mit gezielten Maßnahmen gegenzusteuern.

Kinderschutz

Kinder müssen sicher und behütet aufwachsen können. Wir brauchen Schutzkonzepte, die sich an die Eltern, das familiäre Umfeld außerhalb der Kernfamilie, das persönliche Umfeld junger Menschen, einschließlich Schule und Freizeit sowie die Zivilgesellschaft richten. Deshalb wollen wir:

- **Verstärkter Austausch erforderlich:** Wir wollen von der Erprobungsregelung in § 4 Abs. 6 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz Gebrauch machen. Diese Norm erlaubt es, zur praktischen Erprobung datenschutzrechtskonformer Umsetzungsformen und zur Evaluierung der Auswirkungen auf den Kinderschutz im Landesrecht die Befugnis zu einem fallbezogenen interkollegialen Austausch von Ärztinnen und Ärzten zu schaffen.
- **Kampf gegen Kinderpornographie:** Wir wollen und müssen die Anstrengungen zur Bekämpfung von Kinderpornographie erheblich verstärken. Wir treten zum Zwecke der Verfolgung schwerer Straftaten für eine allgemeine und unterschiedslose Verkehrsdatenspeicherung von IP-Adressen und Portnummern, die einem Anschluss zugewiesen sind, ein.